

Politische Kommunikation in der Migrationskrise

Der strukturelle Wandel der Kommunikation als Herausforderung für Politik und Wissenschaft

Gerhard Vowe

Online publiziert: 18. Oktober 2016
© Springer Fachmedien Wiesbaden 2016

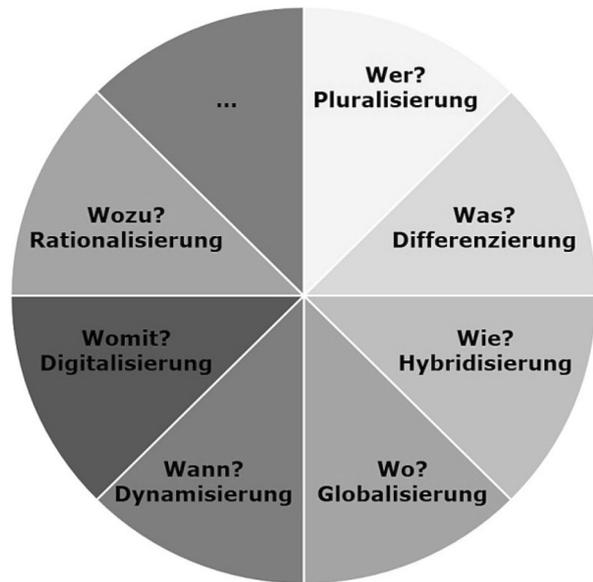
Kein Thema hat uns in den letzten zwölf Monaten so sehr beschäftigt wie die Migration – sie hat uns gefordert, teilweise überfordert. Darum kann von einer *Migrationskrise* gesprochen werden. Denn Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien, Bildung und die Bevölkerung insgesamt in Deutschland waren und sind auf die Herausforderungen der sprunghaft gewachsenen Zuwanderung nicht vorbereitet. Migration war zentrales Medienthema der letzten Zeit, und dies prägt unsere kollektive Erinnerung. Das wird daran deutlich, wie präsent die Bilder zu den Facetten des Themas in unserem Denken, Fühlen und Reden sind:

- Bilder von Migranten – von Menschen, deren Migration geglückt ist, und von Menschen, deren Migration gescheitert ist;
- Bilder von den Reaktionen in Deutschland – von der Willkommenskultur und von der Ablehnungskultur;

In diesem Essay soll exemplarisch gezeigt werden, welchen Beitrag die politische Kommunikationsforschung zum Verständnis eines aktuellen politischen Problems leisten kann. Zur Verdeutlichung werden die Aussagen in Thesen zugespitzt. Die Thesen bedürfen einer gründlichen theoretischen und empirischen Prüfung. Beides kann hier nicht geleistet werden. Es können hier auch nicht die zahlreichen Studien erörtert werden, die zu den einzelnen Tendenzen des strukturellen Wandels der politischen Kommunikation bereits vorliegen. Die bis 2014 erschienene Literatur ist aufgearbeitet in einer ausführlichen Darlegung des strukturellen Wandels: Marco Dohle, Olaf Jandura & Gerhard Vowe: Politische Kommunikation in der Online-Welt. Dimensionen des strukturellen Wandels politischer Kommunikation. In: Zeitschrift für Politik 61 (2014) 4, S. 414–436. Den Herausgebern der Publizistik sowie M. Dohle, R. Grimm, L. Hagen, J. Haschke, P. Henn und O. Kelm sei für hilfreiche Hinweise zu einer früheren Fassung gedankt. Die Publikation entstand im Rahmen der DFG-Forschergruppe „Politische Kommunikation in der Online-Welt“ (www.fgpk.de).

Prof. Dr. G. Vowe (✉)
Kommunikations- und Medienwissenschaft, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf,
Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf, Deutschland
E-Mail: vowe@uni-duesseldorf.de

Abb. 1 Tendenzen des strukturellen Wandels politischer Kommunikation in der Online-Welt



- Bilder von den Schlüsselereignissen, die immer wieder die Debatte anfeuern, wie die Entführung und Ermordung des Flüchtlingsjungen in Berlin, die Silvesternacht in Köln oder der Anschlag in Ansbach;
- Bilder von den weitreichenden politischen Folgen – von den Wahlerfolgen und Wahlniederlagen in Deutschland, von den Auseinandersetzungen über Migration in anderen Ländern, von den Versuchen, Europa in dieser Krise zusammenzuhalten.

Migration wird auch in den nächsten Jahren das dominante politische und mediale Problem in Europa sein. Es wird nicht verschwinden, allenfalls kurz überdeckt werden von anderen Problemen. Migration wird uns weiter fordern und überfordern. Sie wird weiter in Schüben verlaufen, die von Krisen ausgelöst werden und ihrerseits Krisen auslösen. Migration hat entscheidenden Einfluss auf Wahlkämpfe und Wahlentscheidungen gewonnen, und sie wird diesen Einfluss behalten.

Am Beispiel dieser Krise will ich zeigen, wie sich ein politisches Problem entwickelt in einer Welt, in der die Kommunikation zunehmend von Online-Medien dominiert wird, also von Medien, die Kommunikation auf der Basis vernetzter Computer ermöglichen. Das Spektrum dieser Medien reicht von den Netzablegern etablierter Massenmedien wie *spiegel.online* bis zu den sozialen Netzmedien wie *Facebook*. Deren Logik beginnt die Kommunikation insgesamt zu prägen. Denn wer sich in Wirtschaft, Wissenschaft oder Politik verständigen will, der muss mehr und mehr die Regeln berücksichtigen, die den Online-Medien eingeschrieben sind. Die Migrationskrise wirft ein grelles Licht auf die politische Kommunikation, und es wird sichtbar, wie sich die kommunikativen Veränderungen zu einem strukturellen Wandel der politischen Kommunikation gebündelt haben – sichtbarer als etwa in der Staatsschuldenkrise oder der Ukraine Krise.

Welche Veränderungen der politischen Kommunikation zeigen sich also in der Migrationskrise? Sie lassen sich am besten begreifen, wenn man sieben Fragen folgt (s. Abb. 1): Wer kommuniziert? Was wird kommuniziert? Wie wird wo und wann und womit kommuniziert? Wozu wird kommuniziert? Jede Frage steht für einen spezifischen Aspekt von Kommunikation. Unter jedem Aspekt wird eine grundlegende Tendenz der Veränderung deutlich, die sich mit den anderen Tendenzen zum strukturellen Wandel der Kommunikation verknüpfen.

Sicherlich gibt es weitere Aspekte von Kommunikation, unter denen sich weitere Veränderungen zeigen. Aber diese sieben Tendenzen sind diejenigen, die in ihren wechselseitigen Bezügen den strukturellen Wandel der (politischen) Kommunikation ausmachen. Umgekehrt: Der strukturelle Wandel lässt sich nicht angemessen begreifen, wenn man eine dieser Tendenzen ignorieren würde. Man versteht den Strukturwandel nicht, wenn man nicht auch den zeitlichen oder den sozialen Aspekt einbezieht. Erst recht lässt sich der Wandel nicht auf den technischen Aspekt beschränken. Die Digitalisierung ist nicht der einzige Treiber des strukturellen Wandels. Den Anfang bildet der soziale Aspekt, unter dem eine Pluralisierung der politischen Kommunikation deutlich wird.

1 Wer kommuniziert? Pluralisierung der Akteure politischer Kommunikation

Generell wird politische Kommunikation unter den Bedingungen der Online-Welt wesentlich pluraler als früher. Das bedeutet: In die politische Kommunikation werden mehr und stärker unterschiedliche Akteure einbezogen. Damit wird die Akteurskonstellation unübersichtlich und volatil. Die Pluralisierung rührt vor allem daher, dass die Kommunikationsrollen weniger strikt vorgegeben sind: Ein Rezipient kann zum Kommunikator werden und umgekehrt. Es können und wollen mehr Akteure ihre Rollen schneller und öfter wechseln. Zudem bilden sich neue Rollen heraus wie Vermittler. Das ist nicht allein durch die technischen Möglichkeiten bedingt, sondern durch grundlegende soziale Veränderungen wie die Individualisierung, die Bildungsexpansion und die Liberalisierung.

Die *Migrationskrise* hat deutlich gemacht, wie sehr sich das Gewicht etablierter politischer Akteure und etablierter Medien für die politische Kommunikation vermindert hat. Das Erstarken populistischer Bewegungen in Europa ist Ausdruck dieser kommunikativen Pluralisierung. Sicherlich gab es auch populistische Strömungen vor dem strukturellen Wandel der Kommunikation. Aber die Veränderung der kommunikativen Bedingungen ermöglichen es populistischen Akteuren, sich effizient zu organisieren und an den etablierten Medien vorbei Resonanz zu erzeugen. Diese veränderten kommunikativen Möglichkeiten sind eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung für das Aufkommen des Populismus – gleich welcher Couleur. Die Wucht und die Dynamik dieses politischen Wandels sind nicht ohne den strukturellen Wandel der Kommunikation zu erklären. In der Migrationsdebatte verschaffen sich wie in keiner Debatte vorher Akteure Gehör, die sich außerhalb des Spektrums etablierter politischer Akteure sehen und denen der Zugang zu etablierten Medien weitgehend versperrt bleibt. Das sind beispielsweise entschiedene

Migrationsgegner, aber auch entschiedene Migrationsbefürworter, Migrantengruppen, Gruppen innerhalb der Parteien, aber auch Staaten, die mehr oder weniger transparent in die Debatten anderer Nationen eingreifen, wie es Russland oder die Türkei getan haben. Beste Beispiele dafür sind Gerüchte, mit denen Erregung gesät und geerntet wird: Flüchtling stirbt am LaGeSo! Oder: Russlanddeutsches Mädchen von Arabern vergewaltigt!

Das Verblüffende dabei ist: Alle diese Stimmen finden immer auch viele Ohren. Wenn man in die jeweiligen Zirkel der sozialen Netzmedien hineinhorcht, hört man, wie sich um die Akteure lautstarke Gruppen sammeln und den Resonanzboden auch für abstruse Positionen bilden. Und dies wird dann wieder verstärkt dadurch, dass etablierte Medien möglichst krasse Äußerungen aufgreifen und damit beim bürgerlichen Publikum Aufmerksamkeit und Abscheu erregen. Und so würde eine Inhaltsanalyse der Debatte in den journalistischen und den partizipativen Medien vermutlich zeigen, dass Zahl und Unterschiedlichkeit der Akteure stark zugenommen haben im Vergleich zu früheren Debatten. Das kann zu folgender These zugespitzt werden:

Die Migrationskrise zeigt, welche kommunikativen Möglichkeiten nicht-etablierte politische Akteure unter den veränderten kommunikativen Bedingungen bekommen und wie unübersichtlich dadurch die Akteurskonstellationen in politischen Debatten geworden sind.

2 Was wird kommuniziert? Differenzierung der Inhalte politischer Kommunikation

Generell wird politische Kommunikation unter den Bedingungen der Online-Welt inhaltlich wesentlich differenzierter als früher. Das bedeutet: Sowohl bei den angebotenen als auch bei den nachgefragten Inhalten nehmen die Unterschiede zu. Für die Nachfrageseite werden scharf profilierte Bedarfe maßgebend: Nutzer erwarten auf sie persönlich zugeschnittene Angebote, also ihre „Daily Me“, kein Catch-All-Angebot. Anbieter reagieren darauf mit der Spezifizierung ihrer Leistungen und ermöglichen damit eine weitere Differenzierung der Nachfrage. Und die Nachfrager werden zu Anbietern und fügen inhaltlich eigene Akzente hinzu: Bewertungen, Verknüpfungen, Kommentierungen. So wächst die Differenz der Themen und Positionen in der politischen Kommunikation.

In der *Migrationskrise* zeigt sich einerseits, dass wir in der politischen Kommunikation immer noch ein starkes einigendes Band der gemeinsamen Themen haben. So war und ist die Migrationskrise das dominante Thema in Deutschland. Immer wieder haben in den letzten Monaten etablierte politische Akteure versucht, von diesem Verliererthema wegzukommen, also von einem Thema, bei dem sie politisch nur verlieren können. Aber das gelingt nicht – das Thema schiebt sich immer wieder nach ganz oben auf die Agenda. Es ging und geht um „Migranten“ oder um „Flüchtlinge“ oder um „Geflüchtete“ oder um „Asylanten“ – je nachdem, wie das Problem gerahmt wird. Diese Unterschiedlichkeit der Frames zeigt andererseits aber auch, dass innerhalb des verbindenden Themas die Positionen hart aufeinanderstoßen. Jedes Lager entfaltet seinen ganz eigenen Argumentationsstrang und bedient

sich aus der Kommunikation mit seines- oder ihresgleichen. Dies läuft vielfach über abgeschottete Kreise in sozialen Netzmedien. Eine vergleichende Inhaltsanalyse von Debatten in journalistischen und in partizipativen Medien würde vermutlich zeigen, dass die Positionen in der Migrationsdebatte immer weiter auseinanderdriften. Die Diskussion fragmentiert sich. Und sie ist stärker emotional aufgeladen als bisherige Debatten. So würde diese Analyse deutlich weniger Hinweise auf deliberative Prozesse ergeben als bei der Griechenlandkrise oder der Ukrainekrise. Und zudem würde sie vermutlich zeigen, wie sehr die verbindenden Normen politischer Kommunikation an Kraft verlieren. Das Band der Zivilität hat sich gelockert, wie die Versuche zeigen, „Hasskommentare“ regulativ in den Griff zu bekommen. These zwei:

Die Migrationsdebatte zeichnet sich dadurch aus, dass über eine ungewöhnlich lange Zeit ein einziges Thema die politische Kommunikation beherrscht und zusammenhält. Aber innerhalb dieses Themas divergieren die Positionen – und sie driften weiter auseinander. Damit zeigt sich, wie tief die Kluft zwischen den Erwartungen an eine deliberative Öffentlichkeit und den realen Auseinandersetzungen geworden ist. Statt sich einander anzunähern, entfernen sich die Positionen voneinander.

3 Wie wird kommuniziert? Hybridisierung der Modi politischer Kommunikation

Generell wird politische Kommunikation unter den Bedingungen der Online-Welt wesentlich stärker als früher von hybriden Kommunikationsformen geprägt. Vor dem waren die Kommunikationsmodi strikt getrennt. Tiefe Gräben klafften zwischen Massenkommunikation, interpersonaler Kommunikation, Organisationskommunikation, Gruppenkommunikation, Mensch-Computer-Kommunikation und Computer-Computer-Kommunikation. Nunmehr werden in der alltäglichen Kommunikationspraxis diese Modi zu neuen Kombinationen amalgamiert – geprägt von den Erwartungen, beispielsweise ein One-to-all-Angebot für eine One-to-one-Kommunikation nutzen zu können, also etwa einen Bericht von *faz.de* zu teilen oder Elemente davon in ein eigenes Kommunikationsangebot einzubauen.

In der *Migrationskrise* zeigt sich, wie verwoben Massenkommunikation inzwischen ist mit interpersonaler, gruppeninterner und innerorganisatorischer Kommunikation, durchzogen von Kommunikation mit und zwischen Computern. So hat sich beim Selbstmordattentat vom Juli 2016 in Ansbach ein dichtes Geflecht aus unterschiedlichen Kommunikaten ergeben: die in Echtzeit hochgeladenen Videos vom Tatort und das hinterher gefundene Bekennervideo, die zahlreichen Medienberichte mit Kommentaren und Kommentaren zu den Kommentaren, die innerhalb von Facebook-Gruppen geführten Debatten, die Telefongespräche des Attentäters mit ihm nahestehenden Personen. Diese Modi oder Formen greifen ineinander – ständig und überall. Ein hochfrequenter Wechsel ist ohne Medienbruch für jeden möglich – bei minimalen Kosten. Dieses hybride Geflecht ist von keinem Akteur zu steuern. Wie massenmediale Schnipsel in persönliche Botschaften eingepasst werden, ob zufällig entstandene Fotos oder Videos ihren Weg in die Öffentlichkeit finden und dort für immer bleiben, das ist nicht mehr kontrollierbar. Es fällt schon schwer, das Gewebe

zu beobachten und mit den herkömmlichen Kategorien zu analysieren. Und je nach politischem Kontext gestaltet sich dieses Gewebe anders; es trennt sich auf nach Lagern und Zirkeln – mit verbindenden Relationen. Meine dritte These lautet also:

In der Migrationskrise zeigt sich wie in keiner Debatte vorher ein Modus der politischen Kommunikation, in dem massenmediale, gruppeninterne und interpersonale Kommunikation verwoben sind – dann aber wieder getrennt nach politischen Lagern.

4 Wo wird kommuniziert? Globalisierung der Räume politischer Kommunikation

Generell wird politische Kommunikation unter den Bedingungen der Online-Welt wesentlich globaler als früher. Vordem spielten die nationalen und sprachkulturellen Grenzen eine große Rolle für die politische Kommunikation; nunmehr entstehen virtuelle Räume mit weltweiter Ausdehnung, aber differenziert nach Problembereichen oder nach Lagern.

Die weltweit wachsende *Migration* ist der deutlichste Ausdruck von Globalisierung – nicht nur der Wirtschaft und der Politik, sondern auch der Umwelt, der Kultur und der Kommunikation. Die Horizonte des Lebens und Erlebens haben sich enorm geweitet – mit weitreichenden und ambivalenten Folgen. In der Migrationskrise zeigt sich, wie sehr sich auch die politische Kommunikation globalisiert hat. In Europa wird nunmehr genau beobachtet, was sich im Nahen und Mittleren Osten tut oder im Afrika südlich der Sahara. Denn dies zeitigt sehr schnell erhebliche Wirkungen in Europa, und nicht nur in Brüssel oder Berlin, sondern auch in der rheinischen und sächsischen Provinz. Und umgekehrt: Entwicklungen in Europa öffnen oder schließen Handlungsoptionen für die Menschen außerhalb von Europa, und das nicht nur in Aleppo oder Lagos, sondern bis hinein in die irakische oder eritreische Provinz. Eine Inhaltsanalyse würde vermutlich zeigen, wie weit die Landkarte aufgeschlagen werden muss, um alle die Orte zu erkennen, die in der Kommunikation über Migration von Bedeutung sind. Und sie würde zeigen: Eine Landkarte der Staatenwelt bildet die Raumstruktur politischer Kommunikation nur unzureichend ab. So komme ich zu These vier:

Die Migrationskrise rückt nachdrücklich ins Bewusstsein, wie sehr die nationalen politischen Grenzen mittlerweile durch Kommunikationsströme unterlaufen werden.

5 Wann wird kommuniziert? Dynamisierung der Prozesse politischer Kommunikation

Generell wird politische Kommunikation unter den Bedingungen der Online-Welt wesentlich dynamischer als früher. Denn zum einen beschleunigen sich die Prozesse in der Politik. Es müssen mehr Entscheidungen in kürzerer Zeit getroffen werden. Zum anderen beschleunigen sich die Kommunikationsprozesse – nicht zuletzt aufgrund der Erwartungen an den Takt der Kommunikation: Fragen sind subito zu beantworten, Informationen sollen unmittelbar zur Verfügung stehen, so wie man das längst aus der Wirtschaftskommunikation kennt. Diese Dynamisierung vollzieht

sich nicht nur als Beschleunigung, sondern auch als Verdichtung von Kommunikation. Denn um Zeit zu sparen, werden die Teilprozesse stärker parallelisiert und integriert. Jedes Stocken und Warten wird zu verhindern versucht.

In der *Migrationskrise* hat sich das Tempo noch einmal verschärft. Der Policy-Cycle von der Wahrnehmung eines Problems bis zur Umsetzung von Entscheidungen wurde im zweiten Halbjahr 2015 immer wieder neu durchlaufen – und zwar im Zeitraffer. Die Ereignisse und Aktivitäten überstürzten sich, und mit ihnen die politische Auseinandersetzung und Meinungsbildung. Ein drastisches Beispiel für Beschleunigung ist der kometenhafte Aufstieg der AfD in der Wählergunst – ein Schlaglicht auf die Flüchtigkeit der Wählergunst. Eine Inhaltsanalyse würde vermutlich zeigen, wie dicht die einzelnen Topics aufeinander folgen und wie sich so ein dauerhaft hohes Tempo ergibt. These fünf:

Wie keine frühere Debatte hat die Migrationsdebatte schnell ein hohes Tempo erreicht und über lange Zeit beibehalten.

6 Womit wird kommuniziert? Digitalisierung der Techniken politischer Kommunikation

Generell ist politische Kommunikation unter den Bedingungen der Online-Welt wesentlich stärker digitale Kommunikation als früher. Das bedeutet: Produktion, Distribution und Rezeption von Kommunikaten erfordern Geräte und Verfahren, von denen ein wachsender Teil auf dem universellen binären Code von 0 und 1 beruht. In diesen Code kann jegliche Form von Information überführt werden: Alle Zeichentypen, ob Text, Sprache, Bild, Ton, Bewegtbild, Schrift, Zahl oder Grafik, sind digital darstellbar. Dies ermöglicht die Computerisierung aller Informationen: Sie können durch programmierbare Maschinen mit enormer Leistungskraft bearbeitet werden. Ein wachsender Teil der jeweiligen Problemlösung wird algorithmisierbar. Die Computer werden miteinander verbunden; diese Vernetzung erlaubt, Informationen mit minimalen Kosten und ohne Qualitätsverlust unbegrenzt zu übertragen und unbefristet zu speichern. Dadurch sind Informationen prinzipiell überall und jederzeit verfügbar.

In der *Migrationskrise* ist die zentrale Bedeutung von Online-Medien schlagartig deutlich geworden. Ich wage die Behauptung: Ohne soziale Netzmedien hätte es diesen Migrationsschub nach Deutschland nicht gegeben. Die allgegenwärtige Verfügbarkeit von sozialen Netzmedien ist eine notwendige, wenn auch keine hinreichende Bedingung für den seit geraumer Zeit anhaltenden Schub der Migration nach Europa. Die sozialen Netzmedien sind keine Ursache im Sinne eines Fluchantriebs, aber sie erlauben erst eine Wahl von Zielen und Zwischenzielen und ermöglichen deren Realisierung. *Facebook* und *WhatsApp* erfüllen mehrere Funktionen im Zusammenhang mit Migration: Kontakte mit der Heimat, mit der Diaspora, mit anderen Migranten, mit Anbietern von Fluchtgelegenheiten, Information über situative Bedingungen – und nicht zuletzt politische Information und Kommunikation. Auch die politische Debatte in Deutschland über die Migrationspolitik läuft zu einem Gutteil über soziale Netzmedien – als öffentliche Kommunikation, als Kommunikation in Organisationen und als Kommunikation in Gruppen. Die partizipativ genutzten sozialen Netzme-

dien bieten komfortable und effiziente Möglichkeiten, an den etablierten Medien vorbei Themen zu setzen, Deutungsmuster zu verbreiten und Handlungsanstöße zu geben. Diese Potentiale werden genutzt im Rahmen flüchtlingsfreundlicher Aktivitäten, etwa um die Mitarbeit in der Flüchtlingshilfe zu organisieren, und im Rahmen flüchtlingsfeindlicher Aktivitäten, etwa um Protest gegen Flüchtlingsunterkünfte zu organisieren. Das führt mich zur sechsten These:

In der Migrationskrise wird deutlich, wie sehr mit dem Sprung der Leistungsfähigkeit von Informations- und Kommunikationstechniken in Gestalt der sozialen Netzmedien ein wachsender Teil der politischen Kommunikation digital codiert ist und sich damit computerisieren und vernetzen lässt.

7 Wozu wird kommuniziert? Rationalisierung der Organisation politischer Kommunikation

Generell wird politische Kommunikation unter den Bedingungen der Online-Welt wesentlich rationaler organisiert als früher. Das bedeutet: Politische Kommunikation wird stärker aus einer funktionalen Perspektive betrachtet und entsprechend bewertet. Wichtigster Maßstab ist die Effizienz beim Erreichen partikularer Ziele. Erfolg wird maßgeblich. Kommunikation ist Mittel, um Zwecke zu erfüllen. Damit dominiert eine instrumentelle Rationalität die politische Kommunikation. Andere Orientierungen wie Wertrationalität verlieren demgegenüber an Bedeutung. Es wird weniger als früher etwas gesagt, weil ein Standpunkt das gebietet; es wird mehr als früher etwas gesagt, um ein partikulares Ziel zu erreichen. Markanter Ausdruck dieser Verschiebung sind Kampagnen, also der professionelle Einsatz von Kommunikation als einer strategischen Ressource. Ihr Erfolg wird möglichst exakt gemessen, und aus den Ergebnissen wird für weitere Kampagnen gelernt. Politische Kommunikation wird auf allen Stufen einer ständigen Kontrolle unterworfen und laufend optimiert. Kosten und Nutzen von Kommunikationsoptionen können abgewogen werden. Verstärkt wird dies durch die Unmengen von Kommunikationsdaten aus der Nutzung von Online-Medien. Dies bietet bislang ungeahnte Möglichkeiten für eine permanente Evaluation von Kommunikationsaktivitäten. Rationalisierung ist somit eine Ökonomisierung im weiten Sinne, zugleich eine Verwissenschaftlichung von Kommunikation.

Davon ist in der *Migrationskrise* wenig zu spüren. Diese Tendenz zeigt sich längst nicht so klar wie die anderen Tendenzen. Für eine Zunahme von Kontrolle und Optimierung sehe ich in der Migrationskrise wenige Anhaltspunkte. Ich sehe eher Anzeichen für Kontrollverlust. Man folgt den Ereignissen und Handlungen, statt sie kommunikativ vorzubereiten und zu begleiten. Beispiele für diesen Kontrollverlust sind der lange Zeit unregelmäßige Zustrom von Migranten, die Silvesterereignisse oder die Böhmermann-Affäre. Alle diese Ereignisse markieren einen empfindlichen Kontrollverlust nicht nur für Politik, sondern auch für traditionelle Medien, die immer weniger in der Lage sind, die politische Kommunikation zu strukturieren oder gar zu steuern. Die etablierten Kräfte sind geradezu überrannt worden von den sich überstürzenden Ereignissen. Im Frühjahr 2016 haben die politischen Akteure allmählich die Entwicklung wieder in den Griff bekommen und durch die Drosselung

des Migrationsschubs Zeit gewonnen. Dennoch: Ich sehe in der Migrationskrise keinen Zuwachs für die Rationalisierung der politischen Kommunikation. Allerdings haben nicht-etablierte politische Akteure die Gelegenheiten dieser offenen Situation zu nutzen gewusst: So ist es der AfD immer wieder gelungen, kurze provokative Botschaften über soziale Netzmedien zu verbreiten und für helle Empörung und damit weite Aufmerksamkeit zu sorgen. Dies ist in hohem Maße effizient: Mit geringem Aufwand wird große Wirkung erzielt. Meine siebte und letzte These lautet daher:

Die krisenhafte Zuspitzung der Migration hat keine professionelle Optimierung der politischen Kommunikation erlaubt. Es ist wenig plausibel, dass die Migrationsdebatte strategisch gesteuert worden wäre. Im Gegenteil: Sie ist aus dem Ruder gelaufen. Gerade das bietet wieder Möglichkeiten für Außenseiter, ihre Chancen effektiv zu nutzen.

Insgesamt zeichnen sich also sechs Tendenzen deutlich ab, eine nur schwach. Nicht alle Tendenzen des strukturellen Wandels zeigen einheitlich in die gleiche Richtung. Sie setzen sich *selektiv* durch. Sie werden nicht zugleich und überall in gleichem Maße wirksam. Vielmehr setzt sich die eine Tendenz eher oder deutlicher durch als die andere.

Und wo bleibt dabei der kritische Blick? Wollen wir das alles – die Dynamisierung, die Globalisierung, die Pluralisierung? Die Antwort fällt nicht leicht, denn unter allen Aspekten ist der Wandel *ambivalent*, wird also weder vollkommen positiv noch vollkommen negativ beurteilt. Die Tendenzen bieten Chancen und bergen Risiken. Was Risiko und was Chance ist, hängt vom Standpunkt des Betrachters ab, nicht zuletzt von seinem Geburtsjahrgang. Und jeder Betrachter sieht immer auch die andere Seite und muss abwägen. Ein weiteres Merkmal des Wandels ist: Er vollzieht sich *dialektisch*, nicht linear. Tendenzen werden gebrochen, etwa durch gleichzeitiges Beharren auf dem Status Quo oder durch gegenläufige Kräfte. Und dieser Wandel ist *folgenreich*, die Veränderungen beschränken sich nicht auf die politische Kommunikation. Die Tendenzen verändern Politik im Kern. Man kann nicht *politics as usual* betreiben in einem Kommunikationsfeld, das wesentlich pluraler, differenzierter, digitaler, globaler, hybrider, dynamischer und effizienter geworden ist. Anders herum formuliert: Die tiefgreifenden politischen Veränderungen der jüngsten Zeit lassen sich zu einem signifikanten Teil auf den Wandel der politischen Kommunikation zurückführen. Diese politischen Veränderungen betreffen im Kontext der Migrationskrise die Mikroebene, also die individuellen Entscheidungen, etwa die Entscheidung, sich in der Flüchtlingshilfe zu engagieren, oder die Entscheidung, die AfD zu wählen. Veränderungen betreffen damit auch die Mesoebene, also den Niedergang der Volksparteien und den Aufstieg populistischer Strömungen. Und die Veränderungen berühren die Makroebene, also Verschiebungen in den nationalen und supranationalen politischen Systemen. Ohne den strukturellen Wandel der Kommunikation lassen sich die politischen Verwerfungen nicht erklären – selbstverständlich auch nicht allein daraus. Die politischen Veränderungen wiederum wirken zurück auf die politische Kommunikation und treiben deren Wandel voran.

Was ist zu tun? Steile Thesen gehen leicht von der Hand. Der Teufel steckt im Detail und zeigt sich immer erst im Laufe der empirischen Überprüfung, zumeist ge-

gen Ende eines langen Forschungsprozesses, gern am letzten Tag vor einer Deadline. Aus Thesen müssten erst einmal Hypothesen werden, die theoretisch untermauert sind und empirisch geprüft werden können, damit Aussagen intersubjektive Gültigkeit gewinnen. Auch für diese Prüfung öffnet die Online-Welt bislang ungeahnte Möglichkeiten. Denn mit dem strukturellen Wandel der politischen Kommunikation geht einher, dass (Online-)Kommunikationsaktivitäten direkt untersucht werden können: Inhaltliche, soziale, zeitliche und räumliche Muster können aufgedeckt und für Erklärungen und Prognosen genutzt werden. Und die Datenlage verbessert sich nicht nur in Deutschland, sondern auch anderswo. Das bietet eine belastbare Basis für internationale und interkulturelle Vergleiche. Und einige Jahre weiter gedacht: Zukünftig wird auch der Blick zurück klarer und kontrollierter ausfallen können als es heute der Fall ist, und damit weniger verdüstert oder verklärt. Und die gestiegene politische Relevanz der politischen Kommunikation ermöglicht und erzwingt eine interdisziplinäre Kooperation, und zwar nicht nur mit Politikwissenschaftlern und Soziologen, auch mit Demografen, Klimaforschern und Informatikern. In dieser Kooperation kann sich eine fruchtbare Konkurrenz entfalten, wer denn mit seinen Faktoren mehr erklärt vom politischen Wandel.

Alles das sollte man als eine große Chance sehen – wie die Migrationskrise insgesamt. Durch die Krise wurden und werden grundlegende Veränderungen notwendig – oder positiv formuliert: Grundlegende Veränderungen werden erst in der Krise möglich. Das beginnt beim Verhalten jedes Einzelnen in seinem lokalen Umfeld und endet nicht bei der Verteilung von Lasten in Europa. Wie immer brechen Krisen überkommene Strukturen auf und öffnen Optionen – mit allen Risiken und Chancen, die sich nicht unbedingt gerecht verteilen. Das gilt analog auch für die Forschung: Wir können als erste Kommunikationsforscher überhaupt den strukturellen Wandel der Kommunikation in Echtzeit und weltweit untersuchen. Die Chance sollten wir mit aller Kraft nutzen, auch wenn es Risiken beinhaltet und wir uns von vielen Selbstverständlichkeiten verabschieden müssen.

Prof. Dr. Gerhard Vowe ist Professor für Kommunikations- und Medienwissenschaft am Institut für Sozialwissenschaften der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.